

„Unzureichend und nicht nachhaltig“ Familienbund kritisiert Konjunkturprogramm

Der Familienbund der Katholiken hat die familienbezogenen Maßnahmen des Konjunkturpakets II der Bundesregierung als zu gering und nicht nachhaltig kritisiert. „Wer Familien wirklich entlasten will, muss den Steuerfreibetrag auch für Kinder sowie das Kindergeld deutlich und dauerhaft erhöhen“, sagte Elisabeth Bußmann, die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken heute in Berlin. Der Familienbund fordert einen Steuerfreibetrag von 8000 Euro auch für Kinder sowie ein Kindergeld in Höhe von 300 Euro pro Monat. Den geplanten Kinderbonus von 100 Euro je Kind bewertete Bußmann angesichts der Summen, die der Wirtschaft zu Gute kommen sollen, als „Alibimaßnahme“ für Familien. „Familien brauchen mehr als ein einmaliges Geschenkpaket. Sie brauchen einen nachhaltigen steuerlichen Ausgleich der gesamten Unterhaltskosten für ihre Kinder“, sagte Bußmann.

Die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes für Kinder von 6 bis 13 Jahren dagegen begrüßte die Präsidentin des Familienbundes als Schritt in die richtige Richtung. Der Familienbund fordert jedoch eine Erhöhung für alle Altersgruppen. Darüber hinaus seien kindspezifische Regelsätze nötig, die sich am Bedarf des Kindes orientierten und nicht vom Bedarf eines Erwachsenen abgeleitet sind. Positiv bewertete Bußmann auch den Vorstoß zur Begrenzung der Neuverschuldung. Sie müsse im Sinne der Generationengerechtigkeit zügig umgesetzt werden.

Der Familienbund der Katholiken ist der mitgliederstärkste Familienverband Deutschlands. Ihm gehören 25 Diözesan-, 10 Landes- sowie 15 Mitgliedsverbände an.



Reinhardtstr. 13 – 10117 Berlin
Tel: (030) 326 756-0 · Fax: (030) 326 756-20
Email: info@familienbund.org, Internet: www.familienbund.org

V.i.S.d.P.: Claudia Hagen, Pressereferentin